

28.11.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6804

2. Lesung

Kapitel 04 010 **Ministerium**

Titel 541 10 **Ausgaben für Veranstaltungen und dgl.**

Erhöhung des Baransatzes

HH 2024

Ansatz lt. HH 2023

von	35.000 Euro	35.000 Euro
um	140.000 Euro	
auf	175.000 Euro	

Begründung

Der Bereich Legal-Tech/KI spielt in der Justiz eine besonders wichtige Rolle. Denn der schon heute bestehende Fachkräftemangel erfordert es, dass insbesondere einfache, automatisierte Tätigkeiten durch KI-Lösungen erledigt werden.

Wichtig ist dabei, dass ein interdisziplinärer Austausch stattfindet, der die Akteure der verschiedenen dabei mitwirkenden Disziplinen zusammenbringt. Neben Rechtswissenschaftlern und Informatikern sind zu einem solchen Austausch auch Experten für Ethik und Neurologie einzuladen. In der Anhörung des Rechtsausschusses vom 20.10.2023 haben auch die als Sachverständige angehörten Mitarbeiter der KI-TASK-Force des Justizministeriums ausdrücklich einen solchen interdisziplinären Diskurs und Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Justiz befürwortet und gefordert, um durch diesen Austausch von Wissenschaft und Praxis sowie Nutzern zu passgenauen Lösungen im Bereich von KI-Anwendungen zu gelangen.

Um einen solchen interdisziplinären Austausch zu ermöglichen, hatte die Landesregierung bereits im Jahre 2022 einen interdisziplinären Digitalisierungskongress für die Justiz veranstaltet, der von allen Teilnehmern als ausgesprochen nützlich empfunden wurde. Die Schwarz-Grüne Landesregierung hat diesen Kongress nicht weiter fortgesetzt und die dafür notwendigen Mittel gestrichen. Diese Streichung steht im Widerspruch zu dem eigenen Anspruch von Nordrhein-Westfalen das führende Bundesland im Bereich von KI-Anwendungen in der Justiz zu sein.

Aus diesem Grund sind in dem Haushalt 2024 die Mittel für einen jährlich stattfindenden Digitalisierungskongress in Höhe von 140.000 Euro bereitzustellen.

Henning Höhe
Marcel Hafke

und Fraktion